

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing Hofer; Mag. Musiol, Hagen, Mag. Loacker, Lausch  
und weiterer Abgeordneter

### **betreffend Ermöglichung der Aufnahme von Menschen ohne volle Handlungsfähigkeit in den öffentlichen Dienst**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 17: Bericht des Verfassungsausschusses über die  
Dienstrechtsnovelle 2015 (604 d.B.) in der Sitzung des Nationalrates am 21. Mai 2015

Der geltende § 3 Abs. 1 Z2 Vertragsbedienstetengesetz (VBG) sowie § 4 Abs. 1 Z2  
Beamten-Dienstrechtsgesetz (BDG) normieren die „volle Handlungsfähigkeit“ einer  
Person als eine Voraussetzung für die Aufnahme in den Bundesdienst.

Die Anwendung dieser Bestimmung im VBG hat dazu geführt, dass eine junge Frau  
mit einer leichten geistigen Einschränkung eine Beschäftigung über eine  
Leiharbeitsfirma in einer Kaserne des Österreichischen Bundesheeres kurzfristig  
verlor.

Eine Weiterbeschäftigung als Vertragsbedienstete war nicht möglich, da die junge  
Frau, die aufgrund ihrer geistigen Einschränkung einen Sachwalter hat, ex lege die  
für die Aufnahme als Vertragsbedienstete erforderliche Voraussetzung der vollen  
Handlungsfähigkeit nicht erfüllen konnte.

Im gegenständlichen Fall wurde zwar nach Intervention durch die Volksanwaltschaft  
eine „Notlösung“ im Wege eines Sondervertrages gefunden, jedoch wäre eine  
entsprechende gesetzliche Änderung erforderlich, um künftig derartige  
Diskriminierungen von behinderten Menschen gerade durch den Bund als  
Dienstgeber generell hintanzuhalten.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngst erhobenen Forderung der  
Volksanwaltschaft, im Zuge der Dienstrechtsnovelle 2015 eine entsprechende  
gesetzliche Änderung herbeizuführen, stellen die unterfertigten Abgeordneten  
nachstehenden


### **Entschließungsantrag:**


Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage  
zuzuleiten, die sicherstellt, dass künftig Personen, bei denen die volle  
Handlungsfähigkeit nicht zur Gänze gegeben ist, in ein Dienstverhältnis zum Bund  
aufgenommen werden können.“

  
(HAGEN)

  
(Hofer)

  
(LOACKER)

  
(LAUSCH)

  
(Musiol)

2015